

Erzieherische Maßnahme für Gewalttäter

Auch Innenminister Reul hält Entzug der Fahrerlaubnis für wirksame Prävention



Vorsitzender des DBB NRW, Roland Staude, im Gespräch mit NRW-Innenminister Herbert Reul

© DBB NRW | Christian Kratzsch

Die bereits im Juli formulierte Forderung des DBB NRW, bei Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Helfende oder ehrenamtliche Träger hoheitlicher Aufgaben, den Straftätern nicht nur als gerichtliche Sanktion, sondern auch als

verkehrsbehördliche Maßnahme die Fahrerlaubnis zu entziehen oder die Erteilung zu versagen, findet in der Politik einen schnellen Widerhall. Inzwischen hat auch der nordrhein-westfälische Innenminister **Herbert Reul** in der Debatte

über Möglichkeiten zur Bekämpfung der ansteigenden Messerkriminalität den Entzug der Fahrerlaubnis ins Spiel gebracht. In einer Sitzung des Innenausschusses des Landtages Anfang September formulierte Reul diese Forderung im Rah-

men seines Aktionsplanes gegen Messergewalt. Mit Blick auf die überwiegend männlich-jugendlichen Messertäter sagte Reul: „Personen, die wiederholt straffällig geworden sind, sollen mit dem Ziel des Entzugs oder der Nichterteilung der Fahrerlaubnis an die Straßenverkehrsbehörden gemeldet werden.“ Die Straßenverkehrsbehörden könnten dann prüfen, ob ein Täter die charakterliche Eignung für eine Fahrerlaubnis mitbringe – oder nicht. „Da kann man auf dem kleinen Dienstweg auch eine Wirkung hinterlassen“, sagte der CDU-Politiker. Der DBB NRW begrüßt das Vorhaben des Innenministers und wird weiterhin für die Ausdehnung dieser Sanktionsmöglichkeit und erzieherischen Maßnahme auf Gewalthandlungen gegen öffentlich Bedienstete, ehrenamtliche Träger hoheitlicher Aufgaben und Helfende werben. **MM**

Regionalkonferenzen in Düsseldorf und Hamm

Entlastung durch mehr Geld und Zeit

Im Oktober wird der dbb seine Forderung für die Einkommensrunde mit Bund und Kommunen im kommenden Jahr vorstellen. Davor steht wie immer ein intensiver Austausch.

Dafür hatte der dbb erneut das Format der Regionalkonferenzen gewählt, um mit den Mitgliedern der Fachgewerkschaften über mögliche

Forderungen zu diskutieren. Die ersten dieser Konferenzen fanden in Düsseldorf und Hamm statt. Der stellvertretende Bundesvorsitzende und

2 Keine Teilprivatisierung der Alimentation

DBB NRW warnt vor Besoldungsstrukturreform



3 Intensiver Austausch zum öffentlichen Dienst

Landesvorstand des DBB NRW besucht die CDU-Landtagsfraktion



8 Alle Ämter wurden neu besetzt

Konstituierende Sitzung der Landestarifkommission des DBB NRW



Fachvorstand Tarifpolitik **Volker Geyer** sagte dort: „Die Belastung der Kolleginnen und Kollegen wächst: bei der Arbeit, weil Politik ihnen ständig zusätzliche Aufgaben auflädt, während immer mehr unserer erfahrenen Leute in den Ruhestand gehen. Gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten weiterhin hoch und steigen weiter – man denke nur an die steigenden Mieten in vielen Ballungszentren. Deshalb brauchen wir dringend Entlastung. Sowohl durch höhere Einkommen als auch durch attraktive und flexible Arbeitszeitmodelle. So kann der öffentliche Dienst gleichzeitig auch interessanter für Nachwuchskräfte werden.“

Roland Staude, der Vorsitzende des DBB NRW, betonte auf der

Veranstaltung in Düsseldorf die Bedeutung der Einkommensrunde für Tarifbeschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte gleichermaßen: „Auch wenn die Regelungen tatsäch-



Referenten auf der Regionalkonferenz in Düsseldorf: Roland Staude, Volker Geyer, Andreas Hemsing (von links)

lich und rechtlich anders ausgestaltet sind als im Tarifbereich, muss natürlich am Ende auch für die Beamtinnen und Beamten eine angemessene

Erhöhung der Besoldung sowie eine echte Entlastung stehen. Damit wir das schaffen, müssen wir jede Einkommensrunde als gemeinsames Projekt beider Statusgruppen begrei-

fen und solidarisch gemeinsam für unsere Interessen eintreten.“ Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende **Andreas Hemsing** unterstrich: „Bei

Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen ist Entlastung ein ganz wesentliches Thema – und zwar in allen Dienststellen und Betrieben des öffentlichen Dienstes. Klar ist aber: Die berechtigten Forderungen der Beschäftigten sind schon oft genug auf taube Ohren bei den Arbeitgebenden gestoßen. Deshalb müssen wir bereit sein, für unsere Anliegen einzustehen – nicht nur am Verhandlungstisch, sondern zur Not auch mit Protest auf der Straße. Dabei können wir auf breite Unterstützung aus der Bevölkerung hoffen, denn dort haben es die Menschen ebenso leid wie unsere Kolleginnen und Kollegen, dass unser kaputtgesparter öffentlicher Dienst nur noch für eine Schön-Wetter-Daseinsfürsorge taugt.“ *MM*

Beamte

Stellungnahme zur Beamtenbesoldung

DBB NRW fürchtet Teilprivatisierung der Alimentation

Gegenwärtig ist das Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2024 und 2025 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften in NRW im gesetzgeberischen Verfahren des Landtages. Im Rahmen der Beratung im Ausschuss für Haushalt und Finanzen war der DBB NRW mit seiner Stellungnahme beteiligt und zur Anhörung vor den Ausschussmitgliedern der Landtagsfraktionen geladen.

Der Landesbund Nordrhein-Westfalen im Beamtenbund und Tarifunion (DBB NRW) begrüßt ausdrücklich, dass mit dem Gesetzentwurf die Ergebnisse der am 19. März 2024 beendeten Besoldungsgespräche zwischen der Landesregierung und den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden in NRW umgesetzt werden sollen, insbesondere durch die schnelle 1:1-Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich. Hierzu der 1. Vorsitzende des DBB NRW, **Roland Staude**:

„Aus unserer Sicht haben sich die Besoldungsgespräche in NRW ausdrücklich bewährt und sind ein mittlerweile unverzichtbares Instrument zu einem effektiven Austausch zwischen Landesregierung und Gewerkschaften.“ Hieran ist aus Sicht des DBB NRW auch zukünftig festzuhalten.

Wesentliche Kritik übt der DBB NRW an einer zudem im Gesetz enthaltenen tief- und in die Substanz eingreifenden Besoldungsstrukturreform. Denn



Roland Staude (1. Vorsitzender DBB NRW), Frank Meyers (Vorstandsmitglied DBB NRW), Prof. Gerd Hamme (Deutscher Richterbund NRW) (von links)

nichts anderes ist die geplante Einbeziehung eines (fiktiven) Partneereinkommens bei der Bemessung der amtsangemessenen Alimentation, konkret bei der Mindestnettoalimentation, so wie es der Gesetzentwurf vorsieht. Der DBB NRW hat im Vorfeld immer dafür plädiert, die Besoldungs- und Versorgungsanpassung zur Umsetzung des Tarifergebnisses von einer solchen Strukturreform zu trennen, um zeitliche Verzögerungen bei der Übertragung des Tarifergebnisses zu

vermeiden und bezüglich der Schaffung einer modernen Besoldungsstruktur genügend Zeit zu haben, einen sachorientierten Konsens zu finden.

Es ist bislang nicht bekannt, ob es in Bundesländern mit ähnlichen Regelungen verfassungsrechtliche Rechtsprechung gibt, die ein solches Partneereinkommen billigen würde. Aus Sicht des DBB NRW erscheint es verfassungsrechtlich nicht begründbar, beim Abstandsgebot zur

Grundsicherung in willkürlich festgelegter Höhe Einkünfte aus dem familiären Umfeld zu berücksichtigen, die in keinem Zusammenhang oder Kontext mit der Besoldung der Beamtin oder des Beamten stehen,

also quasi eine „Teilprivatisierung der Alimentation“ bedeuten würden. Weiterhin bleibt offen, ob die vom DBB NRW kritisierten Regelungen, unter dem Gesichtspunkt des finanzstrategischen Erwä-

gungspotenzials von Betroffenen, in die Familienplanung eingreifen und somit den durch Art. 6 Grundgesetz garantierten Schutz der Familie tangieren. Das Land NRW würde durch ein solches Gesetz

verfassungsrechtliches Neuland betreten und somit ein beträchtliches verfassungs- und somit auch haushaltsrechtliches Risiko für die Zukunft schaffen.

MM

Besuch bei CDU-Landtagsfraktion

Intensiver Austausch zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes



Teilnehmer der Konsultation von DBB NRW und der CDU-Landtagsfraktion

© DBB NRW | Christian Kratzsch (2)



Vorstand des DBB NRW zu Besuch bei der CDU-Fraktion im Landtag NRW

Am 12. September 2024 traf sich der auf dem Gewerkschaftstag im Mai neu gewählte Vorstand des DBB NRW zum Antrittsbesuch bei der CDU-Fraktion im Landtag in Düsseldorf.

Im intensiven Austausch wurden verschiedene Positionen, insbesondere mit Blick auf die anstehende Einkommensrunde 2025, diskutiert. Dabei stand auch die Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Mittelpunkt.

Solche informellen Gespräche tragen dazu bei, eine gute Basis für die Vertretung der Interessen der Beschäftigten zu schaffen. Der intensive Dialog soll auch in Zukunft fortgeführt werden. MM

ÖFFENTLICHER DIENST

**IHR GEBT
NIEMALS AUF
WIR FÜR EUCH
AUCH NICHT**



Ihr für uns. Wir für Euch.
Das **Füreinander** zählt.

Debeka
Versichern und Bausparen

Besuch der Düsseldorfer Synagoge Schalom und herzlich willkommen

Eine beeindruckende und lebendige jüdische Gemeinde konnten Mitglieder des DBB Vorstandes Düsseldorf anlässlich einer Führung erleben. **Hans-Joachim Klein** (Vorsitzender des DBB Düsseldorf) bedankte sich besonders bei **Michael Szentei-Heise**, dem ehemaligen Verwaltungsdirektor der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, für die tiefgreifenden Einblicke in das jüdische Leben in Düsseldorf.

Die Einweihung der neuen Synagoge im Stadtteil Derendorf fand am 7. September 1958 statt. Der helle Rundbau hat 250 Sitzplätze für Männer

und – auf der Empore – 150 Sitzplätze für Frauen.

Die Jüdische Gemeinde Düsseldorf ist mit etwa 7 000 Mit-



Geyun Schulze, Hans-Joachim Klein, Michael Szentei-Heise, Dirk Weuthen und Jan Peter Schaf (von links)

gliedern die drittgrößte Gemeinde in Deutschland und gehört zum Landesverband der jüdischen Gemeinden zu Nordrhein.

Ein einmaliger Eindruck und ein unvergesslicher Besuch, so die einhellige Meinung nach dem Besuch. Auf bald!

JK

10. Sicherheitskonferenz der dbb jugend nrw

Justizminister: „Ein Angriff auf einen öffentlich Bediensteten ist ein Angriff auf den Staat“

Null-Toleranz-Erklärungen gegen Gewalt, Sonderdezernate bei den Staatsanwaltschaften und bessere Schutzausrüstungen – es wird einiges für den Schutz öffentlich Beschäftigter getan. Dennoch bleibt die Zahl der Angriffe auf hohem Niveau. Beleidigung sei dabei oft nur die „Einstiegsdroge“ in die Gewaltkriminalität, sagt NRW-Justizminister Limbach bei der Sicherheitskonferenz der dbb jugend nrw am 24. August.

NRW-Justizminister **Dr. Benjamin Limbach** kam unter den Eindrücken der Terrorattentate von Solingen. „Die Angriffe haben sich gegen unschuldige Bürgerinnen und Bürger gerichtet und nicht nur Solingen in einen Schockzustand versetzt. Sie zeigen aber auch, wie wichtig der öffentliche Dienst ist und wie gut er funktioniert“, mit diesen Worten

eröffnete Limbach die 10. Sicherheitskonferenz der dbb jugend nrw, zu der er als Keynote-Speaker gekommen war. Rettungskräfte seien schnell vor Ort gewesen und die Polizei habe den Tatort sofort geräumt, ohne eine Panik auszulösen. Das zeige, welch starken öffentlichen Dienst, aber auch welche Bedrohungslage wir hätten, formuliert der Justizminister.

Limbach: „Messer sind in unserem Land unnötig“



Teilnehmer der Konferenz mit NRW-Justizminister Dr. Benjamin Limbach in der Geschäftsstelle

Grundsätzlich sei zu beobachten, dass die Mitnahme von Messern wieder zunehme. Das habe auch starke Auswirkungen auf viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Kein Tag vergehe, ohne dass in den Medien von neuen Übergriffen auf Polizistinnen und Polizisten, Rettungskräfte, Außen dienstmitarbeitende der Finanzverwaltungen oder auch der Bahn- und Busbetriebe zu lesen sei, führt **Susanne Aumann**, Vorsitzende der dbb jugend nrw, zu Beginn der

Sicherheitskonferenz aus. Aus verschiedensten Beschäftigungsbereichen des öffentlichen Dienstes waren junge Beschäftigte aus ganz NRW zur 10. Auflage der Konferenz angereist. Auch sie berichteten über eine immer weiter abnehmende Hemmschwelle zur Gewalt. „Nicht ohne Grund haben wir beispielsweise die Gerichtsvollzieher mit stichsicheren Westen ausgerüstet“, erläutert Limbach als eine Maßnahme, um den Schutz Beschäftigter im öffentlichen Dienst zu erhöhen. Auch im Einrichten von Messerverbotzonen sieht er ein Mittel, um den Schutz öffentlich Beschäftigter wie auch die öffentliche Sicherheit aller generell zu erhöhen.

„Wir müssen als Justiz klarmachen, dass es in unserem Land vollkommen unnötig ist, sich mit Messern auszustatten. Es darf keinen Grund geben, eine Waffe mit sich zu führen“, erklärt er. Er sei diesbezüglich für harte Durchsetzungsmaßnahmen.

Aumann: „Sieben von zehn Angriffen werden nicht mal angezeigt“

Diese sehen die dbb jugend nrw wie auch der NRW-Justizminister zudem in einer zeitnahen strafrechtlichen Verfolgung nach Übergriffen auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Zu diesem Zweck, erläutert Limbach, seien unter anderem 15 von 19 Staatsanwaltschaften in NRW mit entsprechenden Sonderdezernaten ausgestattet. In zwei weiteren Staatsanwaltschaften nehmen solche Dezernaten in Kürze ihre Arbeit auf.

Ergänzend dazu habe es einen Erlass gegeben, der die konsequente Strafverfolgung zum Ziel habe. Ein entsprechender Erlass bezwecke, dass angezeigte Fälle nach Möglichkeit nicht wegen Geringfügigkeit

eingestellt werden, sondern möglichst in jeder dieser Straftaten ermittelt werde. Dazu jedoch sei es notwendig, dass jeder Angriff auch zur Anzeige gebracht werde, sagt Aumann. Derzeit ist das nicht der Fall. Sieben von zehn Angriffen würden gar nicht angezeigt. Unter anderem liege das an mangelnder Unterstützung durch Dienstherrn und Arbeitgeber, fasst die Vorsitzende des gewerkschaftlichen Jugenddachverbandes zusammen.

Limbach: „Beleidigung ist Einstiegsdroge in Gewaltkriminalität“

Hier sieht auch Limbach die Dienstherrn in der Pflicht, Anzeige für die Beschäftigten zu erstatten. Das nehme oftmals den Druck von den Opfern. Wenn auch die Belastung durch Übergriffe für einzelne

Beschäftigte unterschiedlich hoch sei, gehe es um Delikte von Nötigung über Beleidigung bis hin zu körperlichen Angriffen. „Beleidigung ist hier oft die Einstiegsdroge in die Gewaltkriminalität“, sagt Limbach.

Zwar sei dabei auf den ersten Blick der Einzelne das Opfer, in zweiter Linie seien es jedoch auch alle Kolleginnen und Kollegen. „Angegriffen sind eigentlich alle – auch wenn es diesen einen Menschen stellvertretend getroffen hat“, sagt Limbach. Angegriffen sei in letzter Dimension zudem der Staat. „Wir werden als Gesellschaft angegriffen“, fasst der Justizminister zusammen.

In einer überindividualisierten Gesellschaft rücke oftmals der Blick von der Gemeinschaft nach hinten. Man erlebe zu-

nehmenden Egoismus, gesteigerte Anspruchshaltung und die Abkoppelung einzelner vom Staat, sagt Limbach. Es sei darum eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, aufeinander aufzupassen und im eigenen Umfeld Einzelne von Übergriffen und Streit abzuhalten.

Im persönlichen Austausch mit den jungen Beschäftigten machte Limbach deutlich: „Wir brauchen eine Kultur der Wertschätzung, sich zu kümmern, Dinge zur Anzeige zu bringen. Wir sind alle Teil dieses gesamtgesellschaftlichen Auftrags.“ Auch weiterhin werde sich die dbb jugend nrw daneben für starke Netzwerke und ein Bündel an Maßnahmen einsetzen, um auf dem Weg gegen Gewalt gegen die Beschäftigten weiterhin voranzukommen, betonte Aumann abschließend. MK

Workstattgespräche mit der Landesregierung

Konstruktiver Dialog zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes

Seit August 2023 haben mehrere Werkstattgespräche zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften auf Arbeitsebene zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes stattgefunden. Anfang September gab es dann einen Austausch mit dem Staatssekretär im Finanzministerium, Herrn **Dr. Günnewig**, und der Staatssekretärin im Innenministerium, Frau **Dr. Lesmeister**, zum aktuellen Stand.

In den Gesprächen wurden von den Gewerkschaften folgende zentrale Themen definiert, um den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen: Arbeitszeit, Altersgeld, JobRad, New Work – mit den Themen

Homeoffice und Co-Working – und das Zulagenwesen. Zu diesen Themen sollen Lösungswege erörtert und Handlungsvorschläge entwickelt werden. Am Ende soll eine Entscheidungsgrundlage des Finanzministeriums für die Landesregierung stehen.

Die bisherigen Werkstattgespräche sind deutlich zielführender geführt worden als in der Vergangenheit. Die Vorschläge der Gewerkschaften werden ernsthaft erörtert. Noch ist offen, welche Handlungsoptionen sich aus den Gesprächen tatsächlich ergeben und was letztlich auch umgesetzt wird. Die Gewerkschaften haben sehr deutlich gemacht,



Willkommen im „Team NRW“ – Verwaltungsnachwuchs auf der Begrüßungsveranstaltung am 3. September 2024 in Dortmund

dass es am Ende der Gespräche handfeste Ergebnisse geben muss und die Reduzierung der Wochenarbeitszeit dabei ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften ist und bleibt. Nach sehr intensiver Diskussion konnten sich die Beteiligten darauf verständigen, den Gesamtprozess früher als geplant – und zwar bis Mitte nächsten Jahres – abzuschließen. Die

Themen Arbeitszeit, Altersgeld, JobRad und New Work sollen sogar noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Mögliche Handlungsoptionen werden dann in ein Gesamtkonzept einmünden, das nach Ende der Sommerpause nächsten Jahres vorliegen soll. Sobald konkrete Ergebnisse vorliegen, werden wir weiter informieren. RS



Ansager und Musikunterhalter Rudi Rauher im Studio des WDR in Köln, Mitte 1933



Swing-Jugend feiert in Leipzig, etwa 1937

Am 12. Oktober 1935 erging ein striktes Jazzverbot der Reichs-sendeleitung. Insbesondere die afroamerikanisch beeinflussten jazzoiden Formen der Tanz- und Unterhaltungsmusik, die sich im Publikum großer Beliebtheit erfreuten, galten im Sinne der Nationalsozialisten als „**Entartete Musik**“ oder „**Negermusik**“. Viele Jugendliche und junge Erwachsene wollten sich jedoch „ihre“ Musik nicht verbieten lassen und schafften sich mit kulturell Gleichgesinnten eine parallele Lebenswelt.

Musikverbot fördert Jugendopposition

Das Swing- und Jazz-Verbot entwickelte sich, neben anderen Verboten und Zwängen oder Schikanen der Aufpasser des HJ-Streifendienstes, zum Katalysator für eine sich zunehmend ausprägende Jugendopposition. Oppositionelles Verhalten von Jugendlichen gegen das NS-Regime gab es bereits in unterschiedlichsten Formen. Es konnte sich durch betont langsames Arbeiten, durch Protest gegen die Wehrpflicht, in der Ablehnung des Arbeitsdienstes, des Dienstes in der Hitlerjugend (HJ) oder durch die Verweigerung des Hitlergrußes ausdrücken. Gruppen unangepasster Jugendlicher waren in deutschen Großstädten seit etwa 1934/35 zu beobachten. Die „Meuten“ (Leipzig) und „Blasen“ (München), die „Swing-Jugend“ (Hamburg), die „Navajos“ (Köln), „Fahrtenjungs“ (Essen), „Latscher“ (Dortmund), „Flitscher“ oder „Ruhrstrolche“ (Bochum) wurden argwöhnisch überwacht. Solche Gruppen entwickelten sich unter dem **Oberbegriff der „Edelweißpiraten“** auch

an Rhein und Ruhr zu einem Massenphänomen. Allein in Köln wurden rund 3.000 unangepasste Jugendliche in einer Sonderkartei der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) geführt, 216 waren 1944 in der Arbeitsanstalt Brauweiler in Haft.

Vielen von ihnen ging es vor allem um die Schaffung eines jugendkulturellen, autonomen Lebensbereiches und einer Gegenkultur zum uniformierten Alltag in der HJ. Der Begriff „Swing-Jugend“ oder „Navajos“ stammt vermutlich von den Verfolgungsbehörden zur Kennzeichnung von Jugendlichen, die ihrer Distanz zum NS-Regime vor allem durch ihre Vorliebe für (natur-)bündisches Liedgut der Pfadfinder oder amerikanische Swing-Musik Ausdruck verliehen. Die jugendlichen Angehörigen, der sich aus Hamburg und Berlin ausbreitenden Swing-Gruppen, kamen vornehmlich aus dem Mittelschicht sowie dem gehobenen Bürgertum und zeichneten sich durch einen bewusst internationalen und weltstädtischen Lebensstil aus, der sich an amerikanischen und englischen Moden orientierte. Sie trugen oft längere Haare, karierte Sakkos, Hut und Regenschirm und trafen sich in Cafés oder Clubs, um den bei den Nationalsozialisten verhassten Swing zu hören. Ihre Abgrenzung gegenüber dem normierten Alltag zeigte sich auch in der bewussten Verwendung von Anglizismen. Ihre geliebte aber im NS-Staat, ebenso wie auch das (natur-)bündische Liedgut, verbotene Swing- und Jazzmusik, hörten sie heimlich auf dem Grammophon der Eltern oder auf mobilen Abspielgeräten, dem „Hotkoffer“ (hotten=tan-

zen). Sie organisierten Tanzveranstaltungen und engagierten Jazzbands. Auf Swing-Hits dichteten sie Spottverse, in denen sie sich über Nazis, Soldaten und besonders über die unbeliebte Hitlerjugend lustig machten.

Ein HJ-Funktionär verstand 1936 unter Navajos „solche Personen, die aus der HJ ausgeschlossen sind ... und solche wegen Vergehens gegen § 175 (damaliger Paragraf des Strafrechts gegen Homosexualität). Jede jugendliche Person, die ein bunt kariertes Hemd, sehr kurze Hose, Stiefel mit übergeschlagenen Strümpfen trägt, wird von der HJ als ‚Navajo‘ angesehen.“ In Düsseldorf gab es zudem die streng überwachten „Fahrtenjungs“. 1941 berichtete die NSDAP-Gauleitung der Gestapo von einer „bol-schewistischen Horde“, deren Mitglieder „meist in Begleitung von jungen, verkommenen Mädchen, in undisziplinierten Horden in bunten Anzügen und

bunten Tüchern anzutreffen“ seien. Diese würden sich an entlegenen Plätzen, wie etwa dem Ostpark in Düsseldorf-Grafenberg oder im Neander-tal bei Mettmann, treffen.

Das Ausmaß jugendlich-oppositionellen und nichtkonformen Verhaltens nahm bereits vor dem Zweiten Weltkrieg deutlich zu. Auf diese Zunahme reagierte der nationalsozialistische Verfolgungsapparat mit einer drastischen Verschärfung des Jugendarrests oder die Einweisung in neu eingerichtete Jugendkonzentrationslager. Am 18. August 1941 trat die „Sofort-Aktion gegen die Swing-Jugend“ in Kraft, so wurden reichsweit über 300 Angehörige der Swing-Jugend verhaftet. Die Repressionen reichten vom Abschneiden der langen Haare, Schulverweise, Exmatrikulation, Schutzhaft bis zur Verurteilung angeblicher Rädelsführer (in Hamburg etwa 40 bis 70) mit mehrjähriger

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Köln

Köln, den 20. Februar 1943
Ruppelhofplan 23/25
Sprechtelefon: Nr. 220651

B.-Nr. IV B 3 - 1002/42
Bitte in der Antwort vorläufiges Gefährlichkeits- und Datum angeben.

An den
Herrn Oberstaatsanwalt Meißner
- o.V.i.A. -
in Köln

Betrifft: Strafverfahren gegen Heinz C... u. And wegen Hochverrats.
Vorgang: Dort.Aktz.: 13 Js 75/43 u. (19 a II 7/43 g.-)

407
Eingelassen
24. FEB 1943
Köln 1
521 a

Im Juli 1942 erstattete der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Ortsgruppe Köln-Longerich, Franz L i c h - wohnhaft in Köln-Longerich, Hechweg 54, Anzeige, dass sich in der HJ. in Longerich Zersetzungserscheinungen bemerkbar machten. Die HJ-Angehörigen erschienen teilweise nicht zum Dienst und gingen statt dessen mit oppositionellen Jugendgruppen auf wilde Fahrten. Hierbei sei beobachtet worden, dass die Fahrten-t Teilnehmer besondere Abzeichen tragen und bündische Lieder singen.



Unangepasste Jugendliche der Essener „Fahrtenstenze“ auf Wanderfahrt nach Wedau, August 1939



„Swing-Jugend“ im NS-Blatt „Hamburger Gaunachrichten“, Oktober 1941

Einweisung in Konzentrationslager - wohlgerneht für das Hören von Musik!

Die Einschüchterungsmaßnahmen bewirkten oft jedoch genau das Gegenteil. Als Dortmunder Jugendlichen bereits 1938 im Rahmen ihrer Festnahme von der Gestapo die Haare abrasiert wurden, präsentierten sie sich in der Öffentlichkeit stolz als „Glatzenkönige“. Erst durch dieses bisweilen äußerst brutale Vorgehen gegen die „Swing-Cliquen“, seitens der Gestapo und überzeugter Anhänger der HJ, wurden Teile der „Swing-Jugend“ ab 1940 zunehmend politisiert. Die Verhaftungswellen hatten zur Folge, dass zahlreiche

Swing-Jugendliche begannen, den Nationalsozialismus nun auch politisch abzulehnen und in aktive Gegnerschaft zu treten. Sie verteilten beispielsweise regimekritische Flugblätter oder standen im Kontakt mit der Münchener Widerstandsgruppe „Weiße Rose“. Eine erneute Verhaftungswelle und begonnene Schauprozesse vor dem Volksgerichtshof gegen namhafte Mitglieder der Hamburger Swing-Jugend, wegen Hochverrat, staatsfeindlicher Propaganda und Wehrkraftzersetzung ab Anfang 1945, endete bei Einmarsch britischer und amerikanischer Truppen im April 1945 durch ihre Befreiung aus der U-Haft in Hamburg und Stendal.



Dortmunder Swing-Jugendliche als „Glatzenkönige“, Ende 1938



Die NS-Ausstellung „Entartete Musik“ richtete sich nicht nur gegen Jazzmusik, sondern auch gegen die sogenannte E-Musik von „jüdischen“ Komponisten. Die rassistischen Elemente sind sinnfällig: Die Gesichtszüge des afro-amerikanischen Musikers ähneln denen eines Primaten; die weiße Nelke, die von Jazzmusikern häufig am Revers getragen wird, ist durch eine Rosette mit dem Davidstern ersetzt.



Naturbündische Essener „Fahrtenstenze“, um 1938



Rheinfahrt Kölner „Navajos“, Sommer 1940 - diese Jugendlichen kamen überwiegend aus der Arbeiterschaft

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staude (1. Vorsitzender). Telefon: 0211.491583-0. Telefax: 0211.491583-10. E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de. Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Marcus Michel

Redaktion: Roland Staude, Julia Dalhoff-Scherek, Joachim Klein, Markus Klügel, Christian Kratzsch

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de.

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715.

Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714.

Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 46, gültig ab 1.1.2024. Ständige Beilage: dbb magazin. ISSN 1438-2989

Vorbereitung auf die Einkommensrunde TVöD

Konstituierende Sitzung der Landestarifkommission des DBB NRW

Im Anschluss an die Regionalkonferenz des dbb hat am 11. September die konstituierende Sitzung mit großer Beteiligung der Mitglieder der Landestarifkommission (LTK) des DBB NRW stattgefunden. Alle Ämter konnten erneut besetzt werden.

Unter dem Vorsitz der Kollegin **Sandra van Heemskerk** (komba) wählten die Mitglieder der LTK die stellv. Vorsitzenden **Christian Dröttboom** (komba), **Markus Najemnik** (vdla) und **Ulrich Wälters** (DSTG). Ebenso konnten die Vorsitzenden der Koordinierungsgruppen TVöD, TV-L und Lehrkräfte erneut im Amt bestätigt werden. Für den Bereich der Koordinierungsgruppe TVöD wurde der Kollege **Markus Schallenberg** (komba) erneut gewählt. Ebenso bestätigten die Mitglieder für den Bereich TV-L den Kollegen **Dirk Wildschütz** (vdla) und für den Bereich der Lehrkräfte die Kollegin **Rita Mölders** (VBE) im Amt. Mit diesem Vorstand startet die LTK nunmehr gestärkt in

die anstehende Tarifrunde. Neben dem umfangreichen Bericht des ersten Vorsitzenden des DBB NRW, **Roland**

Staude, über die aktuelle gewerkschaftspolitische Lage in NRW, informierte die Vorsitzende über die anstehende Tarifrunde TVöD. Es gelte auch für die anstehende Einkommensrunde, auf die Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen zu setzen, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Neben einer möglichen prozentualen Erhöhung diskutierten die Mitglieder der

LTK auch über Themenbereiche wie Arbeitszeit und weitere Entlastungsfaktoren, welche für die Beschäftigten aus den unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Dienstes von großer Bedeutung seien. Auch die tatsächliche Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Mehrwert für die Beschäftigten war Gegenstand des Meinungsaustausches.

JDS



Teilnehmer der konstituierenden Sitzung der Landestarifkommission

© DBB NRW | Christian Kratzsch